

Josef Schüßlburner

Sozialdemokratischer Dialog mit totalitärem Linksextremismus (SPD-SED-Papier): Zur Bewertung der Dialogverweigerung mit Rechts-Opposition

„Soll man mit der AfD reden?“ So der Titel der nach Selbsteinstufung linksliberalen Wochenzeitung „Die Zeit“. Mit dem „man“, das diese Frage stellt, ist dabei vor allem die sozialdemokratische Führungsschicht und das von dieser wesentlich beherrschte gebührenzwangsfinanzierte sozialisierte bundesdeutsche Rundfunksystem gemeint. Bei diesem sog. „öffentlich-rechtlichen“ System weigern sich SPD-Kandidatinnen für den Posten eines Landes-Ministerpräsidenten, an Wahlkampfdiskussionen von Spitzenkandidaten teilzunehmen, zu denen auch ein Vertreter der noch relativ neuen Oppositionspartei „Alternative für Deutschland“ eingeladen ist. Bekanntlich diskutieren Sozialdemokraten, die in Deutschland zumindest ideologisch die Demokratie gepachtet haben, nicht mit Personen, die Organisationen vertreten, welche die selbsternannte Demokratiebewerberin SPD als „nichtdemokratisch“ einstuft und die sie aufgrund ihrer Macht über den Inlandsgeheimdienst der „Beobachtung“ zuführen will.

Die Ausgrenzung Deutscher durch Dialogverweigerung

Diese Politik der Dialogverweigerung und Ausgrenzung von Deutschen im Zeitalter der bundesdeutschen Weltintegration, d.h. der Islamintegration und der Integration illegaler Masseneinwanderung, ist bekanntlich nichts Neues. Der politische interessierte Leser wird sich sicherlich noch an die Fernsehnight an dem Tag erinnern als die zwischenzeitlich einem (überwiegend) sozialdemokratischen Parteiverbotsantrag zugeführte NPD bei einem Stimmenanteil, der an den der Landes-SPD heranreichte, in den Landtag des Freistaates Sachsen eingezogen war. Die Vertreter der konkurrierenden „Demokraten“ - zu denen wie selbstverständlich der Vertreter der nunmehr als „Die Linke“ firmierende PDS-SED gezählt wurde - zogen sich von der Diskussionsrunde zurück und überließen es einer etablierten Journalistin, gegenüber dem NPD-Vertreter die Rolle einer ideologiepolitischen Staatsanwaltschaft zu spielen. In dem Rückzug der Demokraten aus der Diskussionsrunde sollte zum Ausdruck gebracht werden: Demokraten führen mit Nichtdemokraten keinen Dialog, selbst wenn diese „vom Volk“ - wie es sonst so pathetisch heißt - gewählt worden sind. Diese „Demokraten“ sehen sich sonst der Gefahr ausgesetzt, ein „demokratisches Feigenblatt“ für Demokratiefeinde abzugeben, die von der demokratiefreundlichen SPD als solche ausgemacht sind.

Was ist die Demokratiekonzeption der Sozialdemokratie?

Diese Haltung der Sozialdemokratie wirft folgende grundlegende Fragen auf: Wie soll man es bei Anlegen eines derartigen Maßstabs, wonach SPDler nicht mit Nichtdemokraten diskutieren, bewerten, daß von 1984 bis 1989 Ideologen der SPD-Grundwertekommission mit SED-Ideologen von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der linksextremistisch-diktatorischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) einen intensiven Dialog gepflegt haben? Handelte es sich bei den SED-Genossen, die ihr „allgemeines sozialistisches Zuchthaus“ (so die erstaunliche Voraussage von Reichskanzler v. Bismarck über die Verwirklichung zeitgenössischer sozialdemokratischer Programmkonzeptionen) mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verwaltet haben, um „Demokraten“, mit denen die SPD natürlich gerne dialogisiert? Was sagt es dann jedoch über die

sozialdemokratische Demokratiekonzeption aus, wenn es sich bei der SED um mit der SPD diskussionsberechtigte „Demokraten“ gehandelt haben sollte?

Erklärt diese besondere sozialdemokratische Demokratiekonzeption, welche die DDR-SED für Demokraten hält, daß man mit Spitzenkandidaten einer rechts von der christdemokratischen Mitte angesiedelten Partei, welche zur praktischen Demokratieverwirklichung um Wählerstimmen kämpft, nicht ohne weiteres dialogisiert? Was bedeutet es für die bundesdeutsche Demokratie, daß anstelle einer Diskussion mit einer Konkurrenzpartei auf diese der Geheimdienst angesetzt werden soll? Übrigens das wesentliche Herrschaftsinstrument des SPD-Dialogpartners SED zur Unterdrückung politischer Opposition!

Bewertung des SPD-SED-Dialogs

In dem seinerzeitigen Dialogprozeß hat also nicht nur einmal oder gelegentlich ein SPD-Ideologe vor SED-Ideologen referiert, die noch mit Stalin zusammengearbeitet haben, um etwa die freiheitliche (?) SPD-Position gegenüber nicht frei gewählten Staatskommunisten klar zu machen, sondern dieser Sozialistendialog hat zu dem berüchtigten SPD-SED-Papier: „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ geführt.

Unbestreitbar hat damit die SPD auf einer ideologischen Ebene einen intensiven und intimen Dialog mit den Rechtfertigungsideologen eines totalitären kommunistischen Unterdrückerregimes gepflegt. Dessen Charakter kommt etwa dadurch zum Ausdruck, daß sich im Zeitraum dieses SPD-SED-Dialogs die für terroristische Organisationen zuständige Stasi-Hauptabteilung XXII/8 der DDR-Diktatur dafür ausgesprochen hat, das bereits vorhandene „Hilfsnetz“ im Umfeld der links-terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) weiter auszubauen (Staat). Die SPD-Grundwertler schreckten also wirklich nicht davor zurück, für die SED ein „demokratisches Feigenblatt“ abzugeben! Wenn man aber davon ausgeht, daß SPD-Leute kein solches „demokratisches Feigenblatt“ abgeben wollen, da sie sich sonst nicht Diskussionsrunden mit einem AfD-Vertreter verweigern würden, kann man daraus nur schließen, daß die SED-Ideologen der DDR-Diktatur von den bundesdeutschen SPD-Leuten dann doch irgendwie als „Demokraten“ akzeptiert wurden. In der Tat ist im berüchtigten Dialog-Papier unter Kapitel II. 3. davon die Rede, daß zum „Beitrag des jeweiligen Gesellschaftssystems zur Sicherung des Friedens“ auch „die Entwicklung lebendiger Demokratie, die Verwirklichung und Weiterentwicklung der Menschenrechte in ihrer wechselseitigen Bedingtheit von sozialen, politischen und persönlichen (individuellen) Rechten“ gehöre. Unter Kapitel III. wird dann noch ausdrücklich hervorgehoben, daß „Sozialdemokraten und Kommunisten“ „für sich in Anspruch nehmen ... den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Damit haben die SPD-Ideologen zugestanden, daß die Errichtung eines Staates mit „antifaschistischem Schutzwall“ und damit einhergehenden Schießbefehl gegen Deutsche, die dem sozialistischen Paradies entkommen wollten, zumindest vom „Bemühen“ zeugt, „Demokratie“ für die „arbeitenden Menschen“ (warum nur für diese?) zu verwirklichen! Dieses Zugeständnis der SPD an die SED stellt sich als durchaus folgerichtig dar, hatte doch der liberale Reichstagsabgeordnete Eugen Richter schon 1891 diese „DDR“ als Folge eines Wahlsieges der Bebel-SPD und der damit einhergehenden Umsetzung der seinerzeitigen SPD-Programmatik und -ideologievorstellung vorausgesagt, auch wenn er annahm, die Grenzflucht würde über die Schweiz stattfinden (unterstellte er doch einen Wahlsieg der SPD

auf Reichsebene). Die „DDR“ stellt demnach schon eine legitime Möglichkeit der Verwirklichung des klassischen Sozialismus dar, der damals noch die späteren Kommunisten und auch noch einen anderen, von der heutigen SPD als besonders bewältigungsbedürftig angesehenen Sozialismus-Zweig umfaßt hatte. Im SPD-SED-Dialogzeitraum spielten dann in der Tat Vorstellungen wie die von Willy Brandt zum Genossen Erich Honecker geäußerte eine Rolle, wonach das Jahr 1918/19 - also die „Spaltung der Arbeiterbewegung“ - nicht das letzte Wort der Geschichte sein dürfe und (so eine Frage von Brandt an den Ungarn-Kommunisten Kadar) „ob man bei dem Trennungsstrich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten von 1918 stehen bleiben müsse“ (Hahn).

Pseudoabgrenzung der SPD gegen Linksextremismus

Sicherlich wird im SED-SPD-Dialog-Papier ausgeführt, daß „beide Seiten“ in einem „bitteren Streit“ darüber lebten, wie etwa die gemeinsam als Absicht zugestandene Demokratie-Verwirklichung zu erfolgen habe, ein Streit, der dadurch verschärft würde, „daß beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden“. So verstünden sich die Sozialdemokraten als Teil der westlichen Demokratie, innerhalb derer sie ihren „demokratischen Sozialismus“ verwirklichen wollten, während für „Marxisten-Leninisten“ die Bewältigung der „Eigentumsverhältnisse“ als „Fundament umfassender demokratischer Rechte“ entscheidend wäre.

Mit dieser „Klarstellung“ mögen SPDler behaupten, sie hätten sich entschieden von Kommunisten abgegrenzt. Was würde man aber zu einem Dialog-Papier etwa zum Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Staatsordnung“ sagen, das etwa zwischen SPD und NPD vereinbart würde, in dem beide Seiten hervorheben, daß sie unter „Sozialismus“ doch etwas Unterschiedliches verstünden, nämlich der eine etwas internationales und der andere etwas nationales? Die Antwort mag ja sein, daß ein derartiges Dialogpapier überhaupt nicht denkbar ist, was wiederum die Frage aufwirft, weshalb ein derartiges Papier zwischen Stasi-SED und Bundes-SPD dann möglich gewesen war. Bei Anlegen der Maßstäbe, die sich aus dem zur sächsischen Landtagswahl gezeigten Verhalten entnehmen lassen, müßte man bei einem SPD-NPD-Papier, mag darin auch noch so sehr die SPD-Position abgrenzend hervorgehoben sein, entsprechend dem bundesdeutschen Politvokabular die SPD als „rechtsextremistisch belastet“ ansehen, was dann folgerichtig, also realiter angesichts des SED-SPD-Papiers zwingend zur Einschätzung „linksextremistisch belastet“ führen muß. Soweit die SPD ihren Dialog mit den SED-Staatskommunisten damit gerechtfertigt hat, daß um des internationalen Friedens willen, der damals natürlich wegen US-Präsident Ronald Reagan (und nicht etwa wegen der sowjetisch-kubanischen Expansionspolitik) gefährdet gewesen sein soll, die „Gemeinsamkeiten“ zwischen SPD- und SED-Leuten hätten eruiert werden müssen, dann müßte doch auch angenommen werden dürfen, daß die SPD dann doch noch mit der NPD ein derartiges Dialog-Papier abfassen würde, sollte die NPD über eine entsprechende, wie auch immer erlangte Machtposition verfügen. Dialog also eine bloße Machtfrage, von der abhängt, ob die SPD jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt?

Warum nicht DDR-Abschaffung?

Oder würde im Falle der NPD dann das vom DDR-Demokraten und maßgeblichen Mauerbauer Erich Honecker zur internen kommunistischen Rechtfertigung des SPD-Dialogs hervorgehobene Prager Manifest der SPD vom Januar 1934 gelten, mit dem die SPD zum

revolutionären Sturz der Hitler-Diktatur aufgerufen hatte? Wenn aber der gewaltsame Sturz einer Diktatur richtig ist, sicherlich mit angemessenen Mitteln und bei Wahrung eines vertretbaren Risikos, was den Sturz der DDR-Diktatur in der konkreten historischen Situation der weltweiten Bündnissysteme in der Tat schwierig machte, warum hat die SPD dann im Dialog-Papier der SED-Diktatur aus - wohlgermerkt ideologischen Gründen - die Existenzberechtigung „ohne zeitliche Begrenzung“ zugesichert? Die erkennbar verfassungstreue Position wäre doch die Aussage gewesen, daß die SED-Diktatur verschwinden muß und ihr allenfalls „Reformfähigkeit“ zu attestieren wäre, wenn sie den Schritt zur Diktaturabschaffung von sich aus vornehmen würde! Stattdessen wurde im Dialog-Papier festgehalten, daß „Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, keine Feindbilder aufbauen, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren und ihre Repräsentanten nicht diffamieren.“ Wenn aber je der Begriff „Verfassungsfeind“, also ein im Einklang mit der Verfassung (Grundgesetz) stehendes Feindbild berechtigt war, dann doch im Falle der real unterdrückenden DDR-Kommunisten! Deren kommunistisch-linksextremistischen Motive brauchte man nicht zu verdächtigen, weil die verfassungsfeindliche Absicht, die sich etwa in der Unterstützung des gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Links-Terrorismus ausdrückte (eine Tatsache, die man damals schon wissen konnte, wenn man wollte!), ohne Unterstellungen erkennbar war.

Gemeinsame Wurzeln von SPD und SED

Die sozialdemokratischen Abgrenzungen, die sich im SPD-SED-Papier finden, sind deshalb erkennbar als Pseudo-Abgrenzungen zu kennzeichnen, die das historisch völlig korrekte Verständnis gemeinsamer Wurzeln von Sozialdemokratie und Linksextremismus verschleiern sollten. In der Tat war die Formulierung vorgesehen: „Sozialdemokraten und Kommunisten sind in Europa geschichtlich aus derselben Wurzel hervorgegangen. Von daher fühlen sich beide dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet.“ Aufgrund der Intervention des SPD-Präsidiums wurde dann dieser für das Selbstverständnis von SPD-Ideologen und Kommunisten sicherlich zutreffende Hinweis gestrichen und es findet sich in der Endfassung des Dialog-Papiers nur die Aussage: „Sozialdemokraten und Kommunisten fühlen sich beide dem humanistischen Erbe Europas verpflichtet.“ Als ob dies nicht auch schon schlimm genug ist: Die westdeutsche SPD gestand damit zu, daß der antifaschistische Schutzwall von der Verpflichtung auf das „humanistische Erbe Europas“ zeugt! Ein bemerkenswerter Humanismus!

Konturen linksextremer Politik in der Bundesrepublik

Zu diesem „humanistischen Verständnis“ gehört natürlich, daß - so das Dialog-Papier - keine „Feindbilder“ in die Welt gesetzt werden. Wenn aber „Feindbilder“ aus SPD-SED-Sicht so schlimm sind, warum reduziert sich nunmehr, d.h. nach dem trotz des Dialogpapiers erfreulicher Weise erfolgten DDR-Untergang genuine Linkspolitik auf die Schaffung eines Feindbildes „gegen Rechts“, wo mit Diffamierung und Unterstellungen wirklich nicht gespart wird?

Warum führt denn dann zum Abbau derartiger Feindbilder die SPD keinen Dialog etwa mit der AfD, wie es ausnahmsweise und dabei durchaus anerkennenswerter Weise der leider schon verstorbene ehemalige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz im Falle der NPD vorgemacht hat (allerdings in einem Privatfernsehsender und nicht bei einem der sozialisierten Kanäle)?

Dieser führte einmal mit dem damaligen NPD-Vorsitzenden eine Fernsehdiskussion, wobei er seine SPD-Position durchaus überzeugend vertreten hat (was man vom NPD-Vorsitzenden hinsichtlich seiner Position nicht unbedingt sagen kann). Durch die Ablehnung eines derartigen Dialogs, dessen Durchführung doch auch der Menschenwürdeverpflichtung gegenüber NPD-Anhängern geschuldet sein müsste, bei gleichzeitiger Bereitschaft der SPD, einen derartigen ideologischen Dialog (und nicht etwa einen rein außenpolitisch erforderlichen) mit herrschenden Unterdrücker-Kommunisten zu führen, wird deutlich: Die ideologie-politische Kooperationsbereitschaft zwischen SPD und Ex-SED, die nunmehr als DIE LINKE firmiert, ist schon zu DDR-Zeiten vorbereitet worden und wird nunmehr mit einem klaren, extrem diffamierenden Feindbild in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland umgesetzt. Man ist versucht, die Frage zu stellen, ob denn nicht eigentlich die BRD einer reformkommunistischen DDR beigetreten ist. Der Begriff „rechtsextrem“ als staatliche Feindbildvokabel hat bei Verfassungsschutzideologen der SPD bereits annähernd den Inhalt, den der Begriff „faschistisch“ im Herrschaftsbereich des antifaschistischen Schutzwalls eingenommen hatte. Damit werden die während des SPD-SED-Dialogs gemachten SPD-Aussagen wie „Müssen nicht alle Menschen sagen, schreiben und machen dürfen, was sie wollen?“ (s. bei Hahn) als bloße Lippenbekenntnisse entwertet. Deutlich wird vielmehr bei der SPD, zumindest bei maßgeblichen Teilen derselben, die Rückkehr zu einem Freiheitskonzept der klassischen, d.h. linksextremen SPD, das man nur als „eigentümlich“ (Miller) bezeichnen kann. Freiheit reduzierte sich dabei auf die Freiheit eines Kollektivs - nunmehr nicht mehr „Klasse“, sondern „Wertegemeinschaft“ - im Rahmen eines Gleichheitsverständnisses, das darauf hinausläuft, das jeder gleich denkt und gleich fühlt. Wer dies nicht tut, den betrachtet die SPD in Kooperation mit der LINKEN als „rechtsextrem“. Und derartigen Personen wird sehr wohl und sogar guten „demokratischen“ Gewissens das Recht bestritten, „sagen, schreiben und machen zu dürfen, was sie wollen.“ Und dies in der Bundesrepublik Deutschland und nicht in der DDR!

Mit dem Bestreiten der Meinungsfreiheit, etwa durch mehr oder weniger gewaltsame Verhinderung von Parteikongressen, durch die Aufforderung zu Strafverfolgung, Disziplinarverfahren, ja Grundrechtsaberkennungen wegen „Gedankensguts“, welches der SPD-Linken und der Ex-SED nicht gefällt, werden die Konturen linksextremer Politik deutlich, deren konsequente Umsetzung durch Regierungskoalitionen aus SPD und LINKE erst noch bevorsteht. Dabei werden SPD-Leute durchaus nicht davon abgeschreckt, daß die PDS auch in amtlichen Verfassungsschutzberichten, die SPD-Leuten in autoritätsgläubiger Haltung als Berufungsgrund „gegen rechts“ so wichtig sind (sie können damit eigenes Nachdenken bei Behörden abgeben und sich eine als wohl befreiend empfundene Gehirnprothese zulegen), noch immer unter „Linksextremismus“ aufgeführt wird, zumindest noch in Form einer Plattform. Dies wird dann allerdings bald nicht mehr der Fall sein: soviel zum Erkenntniswert staatsideologischer Begriffsbildung! Die nunmehr zu beobachtende Schaffung eines staatlichen Feindbildes gegen die AfD sollte im Lichte der damaligen SED-SPD-Dialogbereitschaft eine dringende Warnung sein! Ein Verbot der NPD durch die SPD (letztlich sind dies die wirklichen Verfahrensbeteiligten, mag sich auch eine der Parteien hinter einem antragsberechtigten Staatsorgan verstecken) wird nicht genügen. „Man“ geht auf Kollateralschäden am politischen Pluralismus aus.

Literaturhinweis:

Erich Hahn: SED und SPD. Ein Dialog. Ideologie-Gespräche zwischen 1984 und 1989, edition ost, Berlin 2002 mit Anhang: Der Streit der Ideologen und die gemeinsame Sicherheit, aus: Neues Deutschland vom 28.08.1987, S. 3

Jochen Staadt: Eine deutsche Waffenbrüderschaft. Die Rote-Armee-Fraktion (RAF) und der Staatssicherheitsdienst der DDR waren in vielerlei Hinsicht Brüder im Geiste. Doch nicht nur das. Ohne die Unterstützung durch die DDR wäre die RAF nie die Terrororganisation geworden, die sie in der siebziger und achtziger Jahren war, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.10.2007, S. 12

Eugen Richter: Sozialdemokratische Zukunftsbilder frei nach Bebel, Berlin 1891

Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus-Streit, Frankfurt 1964

Hinweis:

Eine frühere Version dieses leider immer noch aktuellen Beitrags war bereits in der 77. Ausgabe der Zeitschrift *eigentümlich frei*, auf Seite 51, erschienen.

Die Redaktion von Links-enttarnt dankt der Zeitschrift *eigentümlich frei*
<http://ef-magazin.de/>
für die Zustimmung zur modifizierten Neuveröffentlichung dieses Beitrags.

Der Beitrag ist auch eine Ergänzung zum zentralen Werk des Verfassers:

Roter, brauner und grüner Sozialismus: Bewältigung ideologischer Übergänge von SPD bis NSDAP und darüber hinaus

das seit 2015 in einer unveränderten Neuauflage neu vorliegt und nunmehr auch in Form einer Kindle-Edition für 6,99 € zur Verfügung steht:

http://www.amazon.de/Roter-brauner-gr%C3%BCner-Sozialismus-ideologischer-ebook/dp/B00WERBRS6/ref=sr_1_2_twi_kin_2?s=books&ie=UTF8&qid=1454314089&sr=1-2&keywords=sch%C3%BC%9Fburner

Josef Schußburner

ROTER, BRAUNER UND GRÜNER

SOZIALISMUS

**BEWÄLTIGUNG IDEOLOGISCHER ÜBERGÄNGE
VON SPD BIS NSDAP UND DARÜBER HINAUS**



LICHTSCHLAG